

Erika Guevara Rosas: „Die globalen Systeme zum Schutz von Geflüchteten versagen nach wie vor.“

<https://www.amnistia.org/ve/blog/2023/06/24137/erika-guevara-los-sistemas-de-proteccion-para-refugiados-siguen-fracasando>

20.06.2023 von Sebastián Platón

"Die weltweiten Systeme zum Schutz von Geflüchteten versagen nach wie vor angesichts des Ausmaßes der weltweiten Krise, in der Menschen aufgrund weit verbreiteter Gewalt, massiver Menschenrechtsverletzungen, humanitärer Krisen und des Versagens der Staaten, die Wahrnehmung ihrer Rechte zu gewährleisten, aus ihren Ländern fliehen", sagte Erika Guevara Rosas, Juristin und Direktorin für Nord- und Südamerika bei Amnesty International.

Das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) schätzt in seinem Bericht Tendencias Globales 2022 die Zahl der gewaltsam vertriebenen Menschen weltweit auf 108,4 Millionen. Nach Angaben des UNHCR kamen 87 % der Vertriebenen aus diesen zehn Ländern: Syrien, Ukraine, Afghanistan, Venezuela, Südsudan, Myanmar, Demokratische Republik Kongo, Sudan, Somalia und Zentralafrikanische Republik.

Im Falle Venezuelas liegt die Quote der Vertriebenen, die als Flüchtlinge einzustufen sind, bei 16.000 Personen pro 100.000 Einwohner und ist damit die höchste nach Syrien und dem Südsudan.

Mit Venezuela an der Spitze bewegt sich der wachsende Strom von Vertriebenen quer durch den Kontinent und sieht sich dabei ständigen Gefahren und den - ebenfalls wachsenden - Beschränkungen der Staaten der Region ausgesetzt, die Migration einzudämmen.

Anlässlich des Weltflüchtlingstages sprachen wir mit Erika Guevara Rosas, Juristin und Direktorin für Nord- und Südamerika bei Amnesty International und Spezialistin für Migrations- und Flüchtlingsstudien an der Universität York.

- Im Jahr 2018 erklärte Amnesty International, dass das globale Schutzsystem für Geflüchtete und schutzbedürftige Menschen "unzureichend" sei. Vier Jahre nach dieser Aussage sind laut UNHCR 108,4 Millionen Menschen gewaltsam aus ihren Ländern vertrieben worden und benötigen internationalen Schutz.

Sind Sie der Meinung, dass das Schutzsystem effizienter geworden ist oder entspricht es immer noch nicht den Anforderungen, die mit den zunehmenden Migrationsströmen verbunden sind?

Die weltweiten Systeme zum Schutz von Flüchtlingen versagen nach wie vor angesichts des Ausmaßes der globalen Krise, in der Menschen aufgrund weit verbreiteter Gewalt, massiver Menschenrechtsverletzungen, Verfolgung aus verschiedenen Gründen, der Auswirkungen des Klimawandels, humanitärer Krisen und des Versagens der Staaten, die Verwirklichung ihrer Rechte zu gewährleisten, aus ihren Ländern fliehen.

Das globale Schutzsystem ist gescheitert, weil die Staaten ihrer gemeinsamen Verpflichtung nicht nachgekommen sind und die Zusammenarbeit lediglich zur Schließung der Grenzen und der Einschränkung des Rechts auf Asyl suchen.

In Nord-, Mittel- und Südamerika gibt es keinen sichtbareren Beweis für die vielfältigen Menschenrechts- und humanitären Krisen als die krisenbetroffenen Grenzüberschreitungen von Millionen von Menschen, auf der Suche nach Schutz.

Die Situation der Flüchtlinge ist auch ein Beispiel für die Doppelmoral der Staaten.

Viele Regierende in der Region nutzen regionale Foren, um sich gegenseitig zu beschuldigen und um so politische Vorteile zu erlangen, während Millionen von Menschen in den Transit- und Zielländern schutzlos sind und mit schweren Menschenrechtsverletzungen konfrontiert werden, darunter willkürlichen Inhaftierungen allein aufgrund ihres Migrantenstatus, erzwungener Rückführung, der Unmöglichkeit Asyl zu beantragen, Erpressung, staatlicher Gewalt und Gewalt durch organisierte Verbrecherbanden bis hin zum Tod.

Mindestens 7,32 Millionen Venezolaner*innen sind in den letzten Jahren vor massiven Menschenrechtsverletzungen aus ihrem Land geflohen, und sind so zu einer der größten globalen Flüchtlingskrisen der Welt geworden. Darüber hinaus ist die Zahl der Menschen, die aus Kuba und Haiti fliehen, erheblich gestiegen, was den sowieso schon stetigen Zustrom von Menschen aus Zentralamerika noch verstärkt hat.

Alle diese Menschen benötigen internationalen Schutz.

Nach Angaben von UNICEF haben im ersten Halbjahr 2022 ca. 5.000 Kinder und Jugendliche den gefährlichen Dschungel von Darién - zwischen Kolumbien und Panama - durchquert, doppelt so viele wie im gleichen Zeitraum 2021.

Da wir gerade von Doppelmoral reden: Die USA haben Russlands Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine offen kritisiert und Zehntausende von Ukrainer*innen aufgenommen, die vor dem Krieg geflohen sind - ein lobenswerter Akt und ein Beispiel dafür, dass Schutzsysteme funktionieren, wenn der politische Wille vorhanden ist.

Die Regierung Biden misst jedoch mit zweierlei Maß, wenn es um Menschen aus anderen Ländern geht, die ebenfalls internationalen Schutz benötigen, und wendet hier die gleiche grausame und unmenschliche Politik wie die vorherige Regierung an.

Auch andere Länder auf dem Kontinent, darunter Peru, Kolumbien, Chile, Aruba, Curaçao, Panama, Ecuador und Kanada, haben restriktive Maßnahmen ergriffen, die die Menschenrechte von Migrant*innen, vor allem von venezolanischen Geflüchteten verletzen.

- Laut dem UNHCR-Bericht "Global Trends 2022" wurden 76 % der weltweit vertriebenen Menschen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen aufgenommen. Warum ist es für Vertriebene so schwierig, in Ländern mit hohem Einkommen unterzukommen?

Der größte Anteil der Flüchtlinge in der Welt konzentriert sich in den verarmten Ländern, die bei der Unterstützung der ankommenden Menschen und in den aufnehmenden Kommunen vor enormen Herausforderungen stehen.

Dies ist eine Folge auf die Grenz- und Migrationsabschottung, die von den Regierungen der sogenannten Länder der Ersten Welt bzw. der entwickelten Volkswirtschaften gefördert wird, die mitunter die Ursachen für die Vertreibung in den Herkunftsländern mitverursachen oder dulden, aber ihrer gemeinsamen Schutzverpflichtung nicht nachkommen.

Diese Eindämmung und das Ausbleiben einer globalen Antwort, insbesondere seitens der wirtschaftlich starken Staaten, führt zu humanitären Krisen von enormem Ausmaß.

Die UN-Organisationen selbst, insbesondere das UNHCR, haben mehr Mittel gefordert, um den Millionen von Menschen zu helfen, die in gefährlichen Grenzgebieten oder unter prekären Bedingungen gestrandet sind. Doch die Staaten versäumen es nicht nur, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, sondern erzwingen auch Maßnahmen, die andere Lösungen wie Umsiedlung oder andere Formen des ergänzenden Schutzes einschränken.

- Das UNHCR unterscheidet zwischen Menschen, die vor Hunger und Krieg in Syrien fliehen, und Menschen, die vor Hunger und Unterdrückung in Venezuela fliehen, und bezeichnet Syrer als "Geflüchtete" und Venezolaner*innen als "ins Ausland Vertriebene". Auf welcher Grundlage erfolgt diese Differenzierung?

Das UNHCR ist eine Einrichtung innerhalb der Vereinten Nationen, d. h. es ist eine zwischenstaatliche Organisation, die zur Aktualisierung ihrer statistischen Daten hauptsächlich auf Informationen aus den Mitgliedsstaaten selbst angewiesen ist.

Letztlich entscheiden die Staaten eigenständig über den Status einer Person als Flüchtling oder als Person, die internationalen Schutz durch andere Mechanismen wie ergänzenden Schutz oder Regulierung des Migrationsstatus benötigt.

Nach den bis Juni 2023 aktualisierten Angaben ist Venezuela mit rund 7,3 Millionen Menschen, die internationalen Schutz benötigen, das Land, aus dem die meisten Geflüchteten kommen, verglichen mit den jüngsten Zahlen für Syrien mit 6,8 Millionen und der Ukraine mit 6,2 Millionen Geflüchteten.

Damit ist es das Land, das die größte Flüchtlingskrise der Welt verursacht. Hinzu kommt, dass die Flüchtlinge während des Transits mit Menschenrechtsverletzungen konfrontiert sind und in den Zielländern keinen Schutz genießen.

Amnesty International betrachtet alle Menschen, die aus Venezuela geflohen sind, als Geflüchtete, da sie vor massiven Menschenrechtsverletzungen fliehen, einschließlich der wirtschaftlichen und sozialen Rechte, die aufgrund der komplexen humanitären Notlage verletzt wurden.

Es ist wichtig, daran zu erinnern, dass Venezuela das einzige Land auf dem Kontinent ist, gegen das vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit ermittelt wird, die unter der Regierung von Nicolás Maduro begangen wurden und weiterhin Menschenrechtsverletzungen im Rahmen einer systematischen und weit verbreiteten Unterdrückungspolitik begangen werden.

Die Venezolaner*innen können nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschickt werden, gerade weil ihr Leben, ihre Sicherheit und ihre Unversehrtheit dann in großer Gefahr wären.

- Amnesty International hat eine Reihe von Empfehlungen zur Bewältigung und Milderung der Flüchtlingskrise veröffentlicht. Die Regierungen in der Region verfügen über einen optimalen Rechtsrahmen, um in diese Richtung zu gehen, aber haben sie auch nur einen der Vorschläge beachtet oder angenommen?

Amnesty International sowie zahlreiche Menschenrechtsorganisationen und regionale und internationale Gremien haben den Staaten eine Reihe von Empfehlungen für eine gemeinsame Antwort auf die enorme Herausforderung der Flüchtlingskrise auf dem Kontinent gegeben.

Die Staaten fördern jedoch weiterhin eine grausame und unmenschliche Politik, die nicht nur ihr Ziel der Eindämmung der Flüchtlingsströme verfehlt, sondern auch Millionen von Menschen der Gefahr anderer Rechtsverletzungen aussetzt, wie z. B. dem Menschenhandel und der organisierten kriminellen Gewalt.

- Der riesige zentralamerikanische Korridor, der sich vom Darién Gap bis nach Nordmexiko erstreckt, ist zu einer Hochrisikoroute für Migrant*innen auf dem Weg durch Amerika geworden.

Welche Maßnahmen sollten die Staaten ergreifen, um das Leben und die Unversehrtheit derjenigen zu garantieren, die gezwungen sind, diesen Weg zu gehen?

Die Staaten in Nord- und Südamerika müssen sich zu einem koordinierten und organisierten Lösungsansatz verpflichten, um den Schutzbedarf zu decken, einschließlich des Transits.

Die Menschen sind gezwungen, den gefürchteten Darién Gap - die Grenze zwischen Kolumbien und Panama - und andere illegale und risikoreiche Grenzübergänge zu überqueren, eben weil die Politik der Abschottung und der Mobilitätsbeschränkung dies erfordert.

Diese grausame Politik bringt Menschen dazu, sich in sehr gefährliche Situationen zu begeben, in denen ihr Leben auf dem Spiel steht.

Einige Staaten beginnen, die Möglichkeit der Schaffung "humanitärer Korridore" zum Thema zu machen. Wir haben dies zum Beispiel von den Regierungen in Kolumbien und Chile gehört. Die Vorschläge für humanitäre Korridore zielen jedoch darauf ab, die Menschen nach Venezuela zurückzuschicken, wie wir kürzlich an der Grenze zwischen Chile und Peru gesehen haben.

Das bedeutet, dass diese humanitären Korridore nichts anderes als eine Politik sind, die versucht, den fehlenden Schutz zu verschleiern, und so Venezolaner*innen dazu zwingt, sich für eine erzwungene Rückkehr zu entscheiden, da es keine anderen Alternativen zu den äußerst prekären Verhältnissen gibt, denen sie in den Zielländern ausgesetzt sind.

Der Artikel wurde zuerst auf der offiziellen Website von PROVEA veröffentlicht